

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker, Prof. Dr. Götz Wiese,
Sandro Kappe, Stephan Gamm (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/6594

Betr.: Sternbrücke: Ganzheitliche Planung garantieren!

Der Neubau der Sternbrücke ist ein Kernprojekt bei der Erneuerung der Hamburger Verkehrsinfrastruktur. Bei der geplanten Maßnahme geht es jedoch alleine schon aufgrund der Lage der Brücke nicht nur um eine rein funktionale Neugestaltung der Anlage, sondern sie hat aufgrund der starken Eingriffe in dem umliegenden Bestand erhebliche Auswirkungen auf das Stadtbild und die Struktur des umliegenden Viertels. Nur ein transparentes und partizipatives Teilnahmeverfahren stellt sicher, dass die Interessen aller Bürger und Bürgerinnen im Entscheidungsfindungsprozess angemessen berücksichtigt werden. Bisher erfolgte die Beteiligung durch den Senat und die Deutsche Bahn – wenn überhaupt – rudimentär und immer zu spät. Eine optisch völlig unpassende, da massiv überdimensionierte Variante wurde als bestmögliche Lösung präsentiert, die jedoch ohne Beteiligung der Betroffenen entwickelt worden ist. Selbst im Dezember 2021 sind Anwohner und die Bezirkspolitik weiterhin im Unklaren darüber, wie sich die Dimensionalität der Brücke auf etwaige Bauvorhaben in der direkten Umgebung der neuen Sternbrücke auswirken wird. Viele Anwohnerinnen und Anwohner sorgen sich, dass angesichts der Massivität der Brücke über deutliche höhere Höhen von Gebäuden nachgedacht wird, um die Proportionalität des Stadtbilds wieder herzustellen. Das geplante Bauvorhaben hat signifikante Auswirkung auf die direkte Umgebung und eine sofortige und vollumfängliche Einbindung aller Interessenten ist dringend erforderlich. Doch auch unter der Brücke muss die Verkehrsplanung endlich offengelegt werden. Hier muss der Senat nachbessern und endlich eine evidenzbasierte Verkehrsplanung vorlegen, statt ein beliebig wirkendes Ausweitungsverlangen als unabdingbaren Bestandteil der geplanten Umstrukturierung des Brückenbereichs zu präsentieren.

Die Bürgerschaft möge daher in Ergänzung zu der Drs. 22/6594 beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. einen breiten Teilnahmeprozess anzustoßen und sicherzustellen, dass alle Interessengruppen und die Bezirkspolitik eingebunden werden;
2. die Verkehrsplanung für den gesamten Bereich Stresemannstraße/Max-Brauer-Allee inklusive der Weiterführung im weiteren Umfeld voranzutreiben und die entsprechenden Konzepte öffentlich zu präsentieren;
3. die Auswirkungen der Dimensionalität der Brücke auf das direkte Umfeld darzustellen und die Ergebnisse ebenfalls zur öffentlichen Diskussion zu stellen;
4. der Bürgerschaft bis zum bis zum 31.03.2022 über die Ergebnisse zu berichten.